

GROSSER RAT

Augustsession 2023

Auftrag Bergamin betreffend Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit

In diversen Kantonen sind Bestrebungen nach einer kantonalen Elternzeit im Gange. Genf hat als erster Kanton der Schweiz einer solchen im Juni 2023 zugestimmt. Nun werden auch auf Bundesebene vermehrt Forderungen nach einer nationalen Elternzeit laut. Zurzeit kennt die Schweiz für erwerbstätige Eltern den Mutter- und den Vaterschaftsurlaub. Insgesamt stehen erwerbstätigen Eltern heute zusammen 16 Wochen Elternzeit zur Verfügung. Die ersten acht sind gesetzlich verankert (Art. 35a Abs. 3 Arbeitsgesetz). Demnach gilt während dieser ersten acht Wochen ein Arbeitsverbot für Wöchnerinnen. Von den weiteren acht Wochen sind heute sechs Wochen an die Frau gebunden. Insgesamt stehen der Frau heute 14 Wochen Mutterschaftsurlaub zur Verfügung, dem Mann zwei Wochen Vaterschaftsurlaub.

Neu sollen beide Elternteile gleichberechtigt die Möglichkeit haben, bei der Erziehung mitzuwirken und nach der Geburt eines Kindes möglichst einfach wieder in den Beruf einzusteigen. Die acht Wochen nach Ablauf der gesetzlich verankerten acht Wochen Arbeitsverbot für Wöchnerinnen sollen deshalb zu einer Elternzeit zusammengefasst werden. Das bedeutet, dass die Eltern selber entscheiden können, ob und wie sie diese acht Wochen Elternzeit flexibel einsetzen möchten. Es ist möglich, dass die Elternzeit aufgeteilt und von beiden Elternteilen genutzt wird, um Teilzeit zu arbeiten und die Kinderbetreuung zu übernehmen. Auch die heutige Praxis bleibt möglich. Diese gemeinsame Elternzeit kann innerhalb von sechs Monaten nach Niederkunft des Kindes bezogen werden. Das Ziel ist eine Flexibilisierung des bestehenden Modells und damit eine finanziell tragbare Lösung für Staat und KMU.

Durch die Einführung einer flexiblen Elternzeit kann die Erwerbsquote von Frauen gesteigert und die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei Einstellungs- und Beförderungsentscheidungen, verringert werden. Eine stärkere Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt verbessert ihre finanzielle Unabhängigkeit und Rentenleistungen und ist zudem eine Massnahme gegen den wachsenden Fachkräftemangel in der Schweiz. Derzeit bleibt ein grosses Potenzial ungenutzt. 18% der teilzeiterwerbstätigen Mütter würden gerne höherprozentig erwerbstätig sein (https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Positionspapiere/EKFF_Positionspapier_Elternzeit_DE.pdf). Gleichzeitig ermöglicht die Elternzeit einen schrittweisen, gesicherten Wiedereinstieg ins Berufsleben und wird damit umso relevanter für die jüngeren Generationen. Ebenfalls ermöglicht sie den Vätern, eine frühe Bindung zum Kind aufzubauen. Gemäss Eidgenössischer Kommission für Familienfragen (EKFF) wird eine gestärkte Bindung zum Kind von den Vätern als besonders wertvoll empfunden (https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Elternzeit/Argumentarium_Elternzeit_D.pdf). Rund 70% aller erwerbstätigen Väter beanspruchen Vaterschaftsurlaub (<https://sozialesicherheit.ch/de/ein-grossteil-der-vaeter-bezieht-vaterschaftsurlaub/>).

Die Staatspolitische Kommission des Ständerates (SPK-S) verabschiedete am 22. August 2022 ihren Vorentwurf zuhanden der Vernehmlassung, damit Frauen künftig nach der Geburt eines Kindes auf allen föderalen Legislativebenen ihre politischen Mandate während des Mutterschaftsurlaubs wahrnehmen können, ohne dadurch den Anspruch auf die Mutterschaftsentschädigung zu verlieren (heutige Situation). Die Vernehmlassung dauerte bis am 25. November 2022. Gemäss Vernehmlassungsbericht (https://www.parlament.ch/centers/documents/de/19-311_20-313_20-323_21.311_Ergebnisbericht%20Politikerinnen%20im%20Mutterschaftsurlaub.DE.def.pdf) hat der Kanton Graubünden als einziger Kanton auf eine Stellungnahme verzichtet. 22 Kantone befürworten die Vorlage.

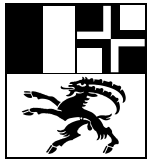
Eine Änderung dieser Bundesgesetzgebung geht einher mit einer nationalen Elternzeit mit flexibler Aufteilung und flexiblem Bezug. Eine nationale Elternzeit kommt der wachsenden Vielfalt an Familienmodellen, Lebensformen und Vorstellungen zur Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit nach. Sie ist elementar für die Gleichstellung von Mann und Frau, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, wirkt sich positiv auf die Entwicklung des Kindes aus und ist gleichzeitig volkswirtschaftlich sinnvoll. Die Personalfluktuation und damit die Rekrutierungskosten verringern sich. Mit einer Standesinitiative des Kantons Graubünden soll das nationale Parlament dazu aufgefordert werden, sich diesem wichtigen Thema zu widmen. Es sollen verschiedene Lösungen einer Elternzeit in Bezug auf ihre Chancen und Machbarkeit (Kosten, Auswirkungen auf Unternehmen etc.) geprüft werden, um schliesslich die beste und mehrheitsfähige Lösung in den politischen Prozess zu bringen.

Die Unterzeichnenden beauftragen die Bündner Regierung hiermit, im Namen des Kantons Graubünden bei der Bundesversammlung, gestützt auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung, eine Standesinitiative einzureichen, die von den eidgenössischen Räten verlangt, einen Entwurf für einen Erlass der Bundesversammlung auszuarbeiten für die Einführung einer nationalen Elternzeit, die folgende Bedingungen erfüllt:

1. Der gesetzlich verankerte Anteil von 8 Wochen verbleibt vollumfänglich bei der Frau.
2. Bei einer Gesamtzeit von 16 Wochen verbleiben acht Wochen für den flexiblen Bezug der Elternzeit.
3. Beide Elternteile sollen Anteile an der achtwöchigen Elternzeit innerhalb von sechs Monaten ab Geburt eines Kindes zeitlich flexibel beziehen können.

Chur, 2. September 2023

Bergamin, Widmer, Danuser (Cazis), Beeli, Berther, Binkert, Brunold, Collenberg, Epp, Föhn, Gansner, Kohler, Loepfe, Mani, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Said Bucher, Sax, Tanner, Tomaschett, Zanetti (Sent), Zanetti (Land-quart)



Sitzung vom

24. Oktober 2023

Mitgeteilt den

26. Oktober 2023

Protokoll Nr.

825/2023

Auftrag Bergamin

betreffend Standesinitiative zur Einführung einer nationalen Elternzeit

Antwort der Regierung

Bei der Geburt eines Kindes hat die Mutter in der Schweiz Anspruch auf einen bezahlten Urlaub von 14 Wochen, der Vater auf einen bezahlten Urlaub von zwei Wochen. Nicht vorgesehen ist ein Elternurlaub, den sich Mutter und Vater frei aufteilen können. Mütter sind nach der Geburt vom Gesetz speziell geschützt. Wöchnerinnen dürfen während acht Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. Bis zur 16. Woche dürfen Wöchnerinnen nur mit deren Einverständnis beschäftigt werden (Art. 35a Abs. 3 Arbeitsgesetz; SR 822.11). In den 16 Wochen nach der Niederkunft darf der Arbeitgeber das unbefristete Arbeitsverhältnis nicht kündigen (Art. 336c Abs. 1 Bst. c Obligationenrecht; SR 220).

Die Schweiz hat das Übereinkommen Nr. 183 der internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über den Mutterschutz (SR 0.822.728.3) am 4. Juni 2014 ratifiziert. Die Schweiz befindet sich heute auf dem Niveau der Mindestnorm für den Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen, die im Übereinkommen Nr. 183 festgelegt ist. Das Übereinkommen bringt erhebliche Fortschritte, indem der den Frauen während der Schwangerschaft und der Stillzeit zukommende Schutz ausgedehnt wird. Mit der Ratifikation des Abkommens erfolgte gleichzeitig die Revision des Arbeitsgesetzes, in dem das noch fehlende Prinzip der entlohten Stillpausen während der Arbeitszeit verankert wurde.

Verschiedene OECD-Staaten kennen unterschiedlich ausgestaltete Elternzeitmodelle. Ihnen ist gemein, dass sie in deren Dauer wesentlich weitergehen als dies der vorliegende Auftrag fordert bzw. als der heute geltende Mutterschafts- bzw. Vaterschaftsurlaub in der Schweiz.

Die Bundespolitik hat sich verschiedentlich mit der Frage einer Elternzeit beschäftigt. Grundsätzlich sind Anliegen zur Ausdehnung oder Abänderung des heutigen Modells

gescheitert (vgl. Parlamentarische Initiative 20.472 oder Motion 19.3847). Im September 2021 jedoch nahm der Nationalrat das Postulat 21.3961 betreffend volkswirtschaftliches Gesamtmodell (Kosten-Nutzen) von Elternzeitmodellen an, welches vom Bundesrat die Vorlage einer volkswirtschaftlichen Gesamt-Kosten-Nutzen-Analyse zur Abschätzung und Simulation der langfristigen volkswirtschaftlichen Auswirkungen von verschiedenen Elternzeitmodellen unter Einbezug internationaler Erkenntnisse (Island, Schweden, Deutschland usw.) verlangt. Der Bericht des Bundesrats dazu liegt noch nicht vor.

Die Regierung steht dem Anliegen einer nationalen Elternzeit grundsätzlich offen gegenüber. Sie teilt die im Auftrag formulierten Zielsetzungen einer Elternzeit, namentlich die Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien und Beruf sowie die Linderung des Arbeits- und Fachkräftemangels.

Allerdings vermag das Anliegen in seiner konkreten Ausgestaltung und der entsprechende Antrag auf Einreichung einer Standesinitiative nicht zu überzeugen. Wie erwähnt sind bisher alle Anliegen bezüglich Anpassung des heutigen Modells gescheitert. Hingegen läuft eine Analyse. Bevor diese vorliegt, wird einer Standesinitiative kein Erfolg beschieden sein. Ausserdem erachtet die Regierung die Idee, Anreize zu setzen, den Mutterschutz derart auf das arbeitsrechtliche Minimum zu reduzieren, als dass Väter zulasten der 14 Wochen Mutterschutz ihre Elternzeit ausdehnen können, kritisch. Zudem zeigt sich in der Realität, dass Mütter, die sich aufgrund der familiären Situation unbezahlten Urlaub leisten können, diesen um rund acht Wochen verlängern. Bei Vätern ist dies nicht der Fall. Die Regierung erwartet deshalb, dass durch eine 16-wöchige Elternzeit hinsichtlich der oben formulierten Zielsetzungen sehr wenig oder keine Veränderung zu erwarten ist.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

CUSSEGL GROND

Sessiun d'avust 2023

Incumbensa Bergamin concernent l'Iniziativa dals chantuns per introducir in congedi per geniturs sin plaun naziunal

En divers chantuns vegni fatg sforzs per introducir in congedi per geniturs sin plaun naziunal. Sco emprim chantun da la Svizra ha il chantun Geneva acceptà in tal congedi il zercladur 2023. Er sin plaun federal vegnan exprimidas ussa pli e pli pretensiuns per in congedi per geniturs sin plaun naziunal. Actualmain enconuscha la Svizra il congedi da maternità ed il congedi da paternità per geniturs cun in'actività da gudogn. Tut en tut stat a disposiziun oz als geniturs cun in'actività da gudogn ensemen in congedi per geniturs da 16 emnas. Las emprimas 8 emnas èn francadas en la lescha (art. 35a al. 3 Lescha da lavur). Tenor quai exista per las pagliolancas in scumond da lavurar durant las emprimas 8 emnas. 6 emnas da las ulteriuras 8 emnas èn oz reservadas unicamain per las dunnas. Tut en tut stattan a disposiziun oz a la dunna 14 emnas congedi da maternità ed a l'um 2 emnas congedi da paternità.

Da nov duain omadus geniturs avair ils medems dretgs da pudair participar a l'educaziun e d'entrar uschè facilmain sco pussaivel puspè en la professiun suenter la naschientscha d'in uffant. Las 8 emnas suenter la scadenza dal scumond da lavurar per pagliolancas, ch'è francà en la lescha, duain perquai vegnir prendidas ensemen cun in congedi per geniturs. Quai vul dir, ch'ils geniturs pon decider sezs, sche e co ch'els vulan far diever en moda flexibla da questas 8 emnas congedi per geniturs. Igl è pussaivel, ch'il congedi per geniturs vegn dividì e nizzegià da tuts dus geniturs per lavurar a temp parzial e per surpigliar la tgira d'uffants. Er la pratica actuala resta vinavant pussaivla. Il congedi per geniturs cuminaivel po vegnir retratg entaifer 6 mais suenter la naschientscha da l'uffant. La finamira è ina flexibilisaziun dal model existent ed uschia ina soluziun ch'il stadi e las interpresas pitschnas e mesaunas pon portar finzialmain.

Tras l'introducziun d'in congedi per geniturs flexibel po vegnir augmentada la quota d'actività da gudogn da las dunnas e vegnir reduci il dischavantatg da las dunnas sin il martgà da lavur, particularmain en connex cun decisiuns d'engaschament e da promoziun. Ina pli gronda participaziun da las dunnas al martgà da lavur meglierescha lur independenza finanziaria e lur prestaziuns da renta ed è plinavant ina mesira cunter la mancanza creschenta da persunas spezialisasas en Svizra. Actualmain na vegn in grond potenzial betg nizzegià. 18% da las mammas che lavuran a temp parzial lavurassan gugent ina procentuala pli auta

(https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Positionspapiere/EKFF_Positionspapier_Elternzeit_DE.pdf). A medem temp permetta il congedi per geniturs da returnar pass per pass ed en moda segira en la vita professiunala e daventa uschia tant pli relevant per las generaziuns pli giuvnas. Medemamain pussibilitescha il congedi per geniturs als babs da stabilir baud ina colliaziun cun l'uffant. Tenor la Cumissiun federala per dumondas da famiglia (CUFF) vegn ina colliaziun pli ferma cun l'uffant resentida dals babs sco spezialmain preziosa

(https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Elternzeit/Argumentarium_Elternzeit_D.pdf). Var 70% da tut ils babs cun actività da gudogn fan diever dal congedi da paternità (<https://sozialesicherheit.ch/de/ein-grossteil-der-vaeter-bezieht-vaterschaftsurlaub/>).

La Cumissiun d'instituziuns politicas dal Cussegl dals chantuns (CIP-CC) ha deliberà ils 22 d'avust 2022 ses sbos preliminar per mauns da la consultaziun, per che las dunnas possian en l'avegnir suenter la naschientscha d'in uffant pratigar lur mandats politics durant il congedi da maternità sin tut ils plauns legislativs federals, senza ch'ellas perdan lur dretg da survegnir l'indemnisaziun da maternità (situaziun actuala). La consultaziun ha durà fin ils 25 da november 2022. Tenor il rapport da consultaziun (https://www.parlament.ch/centers/documents/de/19-311_20-313_20-323_21.311_Ergebnisbericht%20Politikerinnen%20im%20Mutterschaftsurlaub.DE.def.pdf) ha il chantun Grischun sco unic chantun desistì da prender posiziun. 22 chantuns beneventan quest project.

Ina midada da questa legislaziun federala vegn accompagnada d'in congedi per geniturs sin plaun naziunal ch'ins po divider e retrair en moda flexibla. In congedi per geniturs sin plaun naziunal satisfà a la diversità creschenta da models da famiglia, da las furmas da viver e da las ideas co divider la lavur pajada e la lavur nunpajada. El è elementar per l'egualità tranter um e dunna, meglierescha la cumpatibilità da la famiglia cun l'actività da gudogn, ha in effect positiv sin il svilup da l'uffant ed è a medem temp raschunaivel ord vista da l'economia publica. La fluctuaziun dal persunal sa reducescha e tras quai er ils custs da recrutaziun. Cun ina iniziativa dal chantun Grischun duai il parlament naziunal vegnir incumbensà da sa deditgar a quest tema impurtant. I duain vegnir examinadas pliras soluziuns per in congedi per geniturs, quai areguard lur schanzas e lur realisabladad (custs, consequenzas per las interpresas e.u.v.), per la finala pudair introducir la meglra soluziun ch'è acceptabla per la maiorità, en il process politic.

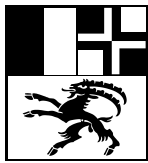
Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders incumbenseschan qua tras la Regenza d'inoltrar ina iniziativa dals chantuns en il num dal chantun Grischun a l'Assamblea federala, quai sin basa da l'art. 160 al. 1 da la Constituziun federala. Questa iniziativa dals chantuns duai pretender da las chombras federalas d'elavurar in sbos per in relasch da l'Assamblea federala per introducir in congedi per geniturs sin plaun naziunal, che ademplescha las suandantas cundiziuns:

1. Las 8 emnas, ch'èn francadas en la lescha, restan cumplainmain per la dunna.
2. Tar in temp total da 16 emnas restan 8 emnas per retrair en moda flexibla il congedi per geniturs.

3. Omadus geniturs duain pudair retrair cumparts dal congedi per geniturs che dura 8 emnas, e quai entaifer 6 mais suenter la naschienscha d'in uffant ed en moda temporalmain flexibla.

Cuira, ils 2 da settember 2023

Bergamin, Widmer, Danuser (Cazas), Beeli, Berther, Binkert, Brunold, Collenberg, Epp, Föhn, Gansner, Kohler, Loepfe, Mani, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Said Bucher, Sax, Tanner, Tomaschett, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart)



Sesida dals

24 d'october 2023

Communitgà ils

26 d'october 2023

Protocol nr.

825/2023

Incumbensa Bergamin

concernent l'Iniziativa dals chantuns per introducìr in congedi per geniturs sin plaun naziunal

Resposta da la Regenza

Tar la naschientscha d'in uffant ha la mamma en Svizra il dretg d'in congedi pajà da 14 emnas, il bab d'in congedi pajà da 2 emnas. Betg previs è in congedi per geniturs ch'il bab e la mamma pon divider libramain tranter els. Suentar la naschientscha èn las mammas protegidas spezialmain tras la lescha. Pagliolancas na dastgan betg pratitgar ina professiun durant 8 emnas suenter ch'ellas han parturì. Fin a la 16. emna dastgan las pagliolancas pratitgar la professiun mo cun lur consentiment (art. 35a al. 3 Lescha da lavur; CS 822.11). Durant las 16 emnas suenter ch'ina dunna ha parturì, na dastga il patrun betg disdir la relaziun da lavur (art. 336c al. 1 lit. c Dretg d'obligaziuns; CS 220).

La Svizra ha ratifitgà ils 4 da zercladur 2014 la Convenziun nr. 183 da l'Organisaziun internaziunala da la lavur (OIL) davart la protecziun da la maternitad (CS 0.822.728.3). La Svizra è oz sin il nivel da la norma minimala areguard il congedi da maternitad da 14 emnas ch'è fixà en la Convenziun nr. 183. Questa convenziun porta progress considerabels, tras quai ch'ella extenda la protecziun che las dunnas han dabun durant la gravidanza e durant il temp da tezzar. Cun la ratificaziun da la convenziun è vegnida fatga a medem temp la revisiun da la Lescha da lavur, nua ch'igl è vegnì francà il princip – che mancava anc – da las pausas da tezzar pajadas durant il temp da lavur.

Differents stadis da la OECD han models da congedis per geniturs ch'èn concepids en moda differenta. Lur punct cuminaivel è quel, ch'els èn bler pli generus areguard la durada, che quai che l'incumbensa qua avant maun pretenda resp. ch'il congedi da maternitad resp. da paternitad che vala oz en Svizra prevesa.

La politica federala è sa fatschentada differentas giadas cun la dumonda d'in congedi per geniturs. En general han propostas d'extender u da midar il model dad oz fatg

naufrazi (cf. Iniziativa parlamentara 20.472 u Moziun 19.3847). Il settember 2021 ha il Cussegl naziunal però acceptà il postulat 21.3961 concernent il model cumplessiv da l'economia publica (dals custs e dal niz) da models da congedis per geniturs. Quel pretenda, ch'il Cussegl federal duaja preschentar in'analisa da l'economia publica pertutgant ils custs ed il niz, per pudair stimar e simular ils effects a lunga vista per l'economia publica, che resultan da differents models da congedis per geniturs e quai resguardond las enconuschientschas internaziunalas (Islanda, Svezia, Germania e.u.v.). Il rapport respectiv dal Cussegl federal n'è anc betg avant maun.

La Regenza è da princip averta per la finamira d'in congedi per geniturs sin plaun naziunal. Ella sustegna las finamiras d'in congedi per geniturs formuladas en l'incumbensa, particularmain l'augment da la quota d'activitad da gudogn da las dunnas, l'egualitad da las schlattainas sin il martgà da lavur, il meglierament da la cumpatibilitad da la professiun cun la famiglia sco er la mitigaziun da la mancanza da forzas da lavur e da personas spezialisadas.

La finamira cun sia concepziun concreta e l'incumbensa correspundenta d'inoltrar ina iniziativa dals chantuns na persvadan dentant betg. Sco gia menziunà, han fin ussa tut las propostas d'adattar il model dad oz fatg naufragi. Percunter vegn actualmain fatga in'analisa. Avant che quella è avant maun, na vegn ina iniziativa dals chantuns ad avair nagin success. L'idea da dar impuls per reducir il congedi da maternitad en questa moda sin il minimum dal dretg da lavur, per ch'ils babs possian extender il temp da geniturs sin donn e cust da las 14 emnas da la protecziun da la maternitad, considerescha la Regenza plinavant sco critica. Ultra da quai mussa la realitad, che las mammas che pon sa prestar – pervia da la situaziun famigliara – in congedi betg pajà, prolungheschan il congedi da maternitad per circa 8 emnas. Tar ils babs n'è quai betg il cas. La Regenza suppona perquai, ch'in congedi per geniturs da 16 emnas laschass spetgar mo paucas u naginas midadas areguard las finamiras formuladas qua survart.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Peter Peyer

Il chancelier:

Daniel Spadin

GRAN CONSIGLIO

Sessione di agosto 2023

Incarico Bergamin concernente l'iniziativa cantonale per l'introduzione di un congedo parentale nazionale

In diversi Cantoni sono in corso sforzi a favore di un congedo parentale cantonale. Il Cantone di Ginevra è stato il primo in Svizzera ad approvare un progetto del genere a giugno 2023. Ora la richiesta di un congedo parentale nazionale si fa sentire sempre più anche a livello nazionale. Attualmente in Svizzera per i genitori esercenti un'attività lucrativa sono previsti un congedo maternità e un congedo paternità. In totale i genitori esercenti un'attività lucrativa hanno a disposizione 16 settimane di congedo parentale. Le prime otto settimane sono sancite dalla legge (art. 35a cpv. 3 legge sul lavoro). Essa prevede un divieto di lavorare per le puerpere durante detto periodo di otto settimane. Delle restanti otto settimane, attualmente sei sono legate alla madre. In totale la madre ha a disposizione 14 settimane di congedo maternità, il padre ha due settimane di congedo paternità.

A titolo di novità entrambi i genitori devono avere uguali possibilità di contribuire all'educazione e di tornare al lavoro nel modo più semplice possibile dopo la nascita di un figlio. Le otto settimane che seguono le otto settimane di divieto di lavorare per le puerpere fissate dalla legge devono pertanto essere riunite in un congedo parentale. Ciò significa che i genitori possono decidere autonomamente se e come desiderano impiegare in maniera flessibile queste otto settimane di congedo parentale. È possibile che il congedo parentale venga ripartito e utilizzato da entrambi i genitori per lavorare a tempo parziale e occuparsi dell'assistenza al figlio. Anche la prassi attuale rimane possibile. È possibile beneficiare di questo congedo parentale comune entro sei mesi dalla nascita del bambino. L'obiettivo è rendere flessibile il modello esistente e di conseguenza trovare una soluzione finanziariamente sostenibile per lo Stato e le PMI.

Attraverso l'introduzione di un congedo parentale flessibile è possibile aumentare la quota di donne attive professionalmente e diminuire gli svantaggi per le donne sul mercato del lavoro, in particolare quando si tratta di decisioni relative a un'assunzione o a una promozione. Una maggiore partecipazione delle donne al mercato del lavoro migliora la loro indipendenza finanziaria e le loro prestazioni di vecchiaia ed è inoltre una misura contro la crescente carenza di specialisti in Svizzera. Attualmente, un grande potenziale rimane inutilizzato. Il 18% delle madri impiegate a tempo parziale vorrebbe lavorare di più (https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Positionspapiere/EKFF_Positionspapier_Elternzeit_IT.pdf). Al contempo il congedo parentale consente un rientro nella vita professionale progressivo, sicuro e diventa così ancor più rilevante per le generazioni più giovani. Inoltre consente ai padri di sviluppare un legame precoce con il figlio. Secondo la Commissione federale di coordinamento per le questioni familiari (COFF), i padri considerano particolarmente prezioso un legame rafforzato con il figlio (https://ekff.admin.ch/fileadmin/user_upload/ekff/05dokumentation/Elternzeit/Argumentarium_Elternzeit_1.pdf). Circa il 70% di tutti i padri esercenti un'attività lucrativa fa valere il congedo paternità (<https://sozialesicherheit.ch/de/ein-grossteil-der-vaeter-bezieht-vaterschaftsurlaub/>).

Il 22 agosto 2022 la Commissione delle istituzioni politiche del Consiglio degli Stati (CIP-S) ha approvato il proprio avamprogetto a destinazione della consultazione affinché in futuro, dopo la nascita di un figlio le donne possano esercitare i propri mandati politici durante il congedo maternità a tutti i livelli legislativi federali senza perdere il diritto all'indennità in caso di maternità (situazione attuale). La consultazione è durata fino al 25 novembre 2022. Stando al rapporto di consultazione (https://www.parlament.ch/centers/documents/de/19-311_20-313_20-323_21.311_Ergebnisbericht%20Politikerinnen%20im%20Mutterschaftsurlaub.DE.def.pdf), il Cantone dei Grigioni è l'unico che ha rinunciato a prendere posizione. 22 Cantoni hanno accolto il progetto.

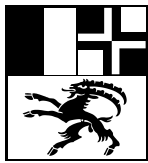
Una modifica di questa legislazione federale va di pari passo con un congedo parentale nazionale con ripartizione flessibile di cui usufruire in modo flessibile. Un congedo parentale nazionale dà seguito alla crescente varietà di modelli familiari, forme di vita e aspettative in merito alla ripartizione di lavoro retribuito e non retribuito. Esso è fondamentale per le pari opportunità di donne e uomini, migliora la conciliabilità tra famiglia e professione, ha effetti positivi sullo sviluppo del figlio ed è al contempo sensato sotto il profilo economico. La fluttuazione del personale e di conseguenza i costi di reclutamento diminuiscono. Con un'iniziativa cantonale del Cantone dei Grigioni si intende invitare il Parlamento nazionale a occuparsi di questo tema importante. Occorre analizzare diverse soluzioni per un congedo parentale in considerazione delle rispettive opportunità e fattibilità (costi, conseguenze per le imprese, ecc.) per inserire infine nel processo politico la soluzione migliore e in grado di ottenere il favore della maggioranza.

Con il presente intervento, le firmatarie e i firmatari incaricano il Governo grigionese di presentare a nome del Cantone dei Grigioni, in virtù dell'art. 160 cpv. 1 della Costituzione federale, un'iniziativa cantonale che chieda alle camere federali di elaborare una bozza di atto normativo dell'assemblea federale che preveda l'introduzione di un congedo parentale nazionale che soddisfi le seguenti condizioni:

1. Le otto settimane fissate dalla legge rimangono integralmente riservate alla donna.
2. Con un periodo complessivo di 16 settimane, è possibile utilizzarne otto in modo flessibile.
3. Entrambi i genitori devono poter disporre in modo flessibile di quote delle otto settimane di congedo parentale entro sei mesi dalla nascita di un figlio.

Coira, 2 settembre 2023

Bergamin, Widmer, Danuser (Cazis), Beeli, Berther, Binkert, Brunold, Collenberg, Epp, Föhn, Gansner, Kohler, Loe-
pfe, Mani, Messmer-Blumer, Michael (Donat), Said Bucher, Sax, Tanner, Tomaschett, Zanetti (Sent), Zanetti
(Landquart)



Seduta del

24 ottobre 2023

Comunicato il

26 ottobre 2023

Protocollo n.

825/2023

Incarico Bergamin

concernente l'iniziativa cantonale per l'introduzione di un congedo parentale nazionale

Risposta del Governo

In Svizzera, alla nascita di un figlio la madre ha diritto a un congedo pagato di 14 settimane, il padre a un congedo pagato di due settimane. Non è previsto un congedo parentale che madre e padre possono ripartirsi a piacimento. Dopo il parto, le madri godono di una protezione speciale prevista dalla legge. Le puerpere non possono essere occupate durante le otto settimane dopo il parto. Fino alla sedicesima settimana, le puerpere possono essere occupate solo con il loro consenso (art. 35a cpv. 3 legge sul lavoro; RS 822.11). Il datore di lavoro non può disdire il rapporto di lavoro nelle 16 settimane dopo il parto (art. 336c cpv. 1 lett. c codice delle obbligazioni; RS 220).

Il 4 giugno 2014 la Svizzera ha ratificato la Convenzione n. 183 dell'Organizzazione Internazionale del Lavoro (OIL) sulla protezione della maternità (SR 0.822.728.3). Oggi la Svizzera si trova a livello del diritto minimo per il congedo maternità di 14 settimane stabilito nella Convenzione n. 183. La Convenzione porta progressi notevoli estendendo la protezione nei confronti delle donne durante la gravidanza e l'allattamento. Contestualmente alla ratifica della Convenzione si è proceduto alla revisione della legge sul lavoro, nella quale è stato ancorato il principio ancora mancante delle pause retribuite per allattare durante l'orario di lavoro.

Vari Stati OCSE prevedono modelli di congedo parentale differenti. Essi hanno in comune il fatto che la loro durata è nettamente superiore rispetto a quanto chiede il presente incarico nonché al congedo maternità e paternità attualmente in vigore in Svizzera.

La politica federale si è occupata a più riprese della questione di un congedo parentale. In linea di principio le richieste di estensione o di modifica del modello attuale sono state respinte (cfr. iniziativa parlamentare 20.472 oppure mozione 19.3847).

Tuttavia, a settembre 2021 il Consiglio nazionale ha accolto il postulato 21.3961 concernente l'analisi macroeconomica globale (costi-benefici) dei modelli di congedo parentale, il quale chiede al Consiglio federale di presentare un'analisi macroeconomica globale costi-benefici per la valutazione e la simulazione degli effetti macroeconomici a lungo termine di diversi modelli di congedo parentale tenendo conto delle evidenze a livello internazionale (Islanda, Svezia, Germania, ecc.). Il rapporto del Consiglio federale al riguardo non è ancora stato presentato.

Il Governo assume una posizione sostanzialmente aperta nei confronti di un congedo parentale nazionale. Esso condivide gli obiettivi di un congedo parentale formulati nell'incarico, segnatamente l'aumento della quota di donne attive professionalmente, la parità dei sessi sul mercato del lavoro, il miglioramento della conciliabilità di famiglia e professione nonché l'attenuazione della carenza di lavoratori e di specialisti.

Tuttavia, la richiesta nella sua configurazione concreta e il corrispondente incarico di presentare un'iniziativa cantonale non convincono. Come menzionato, finora tutte le richieste concernenti un adeguamento del modello attuale sono state respinte. È invece in corso un'analisi. Prima che questa sia pronta, è da escludere che un'iniziativa cantonale abbia successo. Inoltre il Governo reputa problematica l'idea di porre incentivi per ridurre la protezione della maternità al minimo previsto dal diritto del lavoro affinché i padri possano estendere il proprio congedo parentale a scapito delle 14 settimane di protezione della maternità. Inoltre, dalla realtà dei fatti emerge che le madri che a seguito della situazione familiare possono permettersi un congedo non pagato prolungano il proprio congedo maternità di circa otto settimane. Per i padri ciò non è il caso. Il Governo si attende pertanto che, per quanto riguarda gli obiettivi formulati sopra, da un congedo parentale di 16 settimane siano da attendersi cambiamenti minimi o nessun cambiamento.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

A stylized, handwritten signature in black ink, consisting of a large, sweeping 'P' followed by a series of loops and a final downward stroke.

Peter Peyer

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, featuring a series of sharp, angular strokes that form a stylized 'M' or 'W' shape.

Daniel Spadin